

Zum Jahreswechsel ist der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern erneut auf blutige Weise eskaliert. Nach Auslaufen des gegen Ende bereits brüchig gewordenen halbjährigen Waffenstillstandes zwischen Israel und der im Gaza-Streifen herrschenden Hamas am 19. Dezember 2008 wurde fortgesetzt israelisches Territorium vom Gaza-Streifen aus mit Raketen beschossen. Am 27. Dezember begann daraufhin die israelische Luftwaffe Angriffe auf Ziele der radikalislamischen Hamas. Die später auch von Bodentruppen vorgetragene Offensive *Cast Lead* („Gegossenes Blei“) dauerte bis zum 18. Januar 2009. Derweil nahm die Hamas den Süden Israels unter ständigen Raketenbeschuss. Dabei wurde erstmals auch die große Stadt Beer Sheva getroffen. Hamas war der klare Auslöser dieser bisher ungesehenen Eskalationsstufe, wurde jedoch selbst von der Härte und dem Umfang des israelischen Vorgehens überrascht. Im Gaza-Streifen kamen über tausend Menschen ums Leben, auf israelischer Seite starben zehn Soldaten und drei Zivilisten.

Der Weg zur Macht

Hamas, das arabische Akronym für „Die Islamische Widerstandsbewegung“, war Ende der Achtzigerjahre in Gaza im Zuge der ersten Intifada als Ableger der in Ägypten beheimateten Moslembruderschaft gegründet worden. Wie die Mehrheit der Ägypter sind auch die muslimischen Palästinenser Sunniten (neben einer kleinen christlichen Minderheit). Hamas lehnte

Verhandlungen mit Israel mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung ab, wie sie später von der PLO und deren größter Mitgliedsorganisation, der säkularen, aus dem sozialistischen Lager kommenden Fatah unter Yassir Arafat, geführt wurden. Folglich beteiligte sie sich nicht am politischen Prozess innerhalb der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die im Zuge der „Osloer Verträge“ zwischen Israel und der PLO gegründet worden war. Stattdessen war sie der Hauptträger der einige Jahre später ausgebrochenen „Zweiten Intifada“ mit einer Vielzahl von Selbstmordanschlägen in israelischen Städten.

Erst nach dem Tod Arafats Ende 2004 griff Hamas in die Politik der PA ein. Den Präsidentschaftswahlen 2005 – der Präsident der PA wird direkt gewählt – blieb sie zwar noch fern, sodass Mahmoud Abbas mit überwältigender Mehrheit die Nachfolge Arafats antrat. Abbas wurde wie Arafat ebenfalls Vorsitzender von PLO und Fatah. Bei den folgenden Kommunalwahlen bewarb sich Hamas jedoch in einigen Orten und erzielte erste Erfolge. Schließlich errangen die Islamisten bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat (PLC), dem Parlament der PA, am 25. Januar 2006 mit etwa 46 Prozent der landesweiten Gesamtstimmen (Westbank und Gaza-Streifen) die absolute Mehrheit der Sitze (74 von 132). Nach übereinstimmender Auffassung der verschiedenen Wahlbeobachter verliefen diese Wahlen frei und fair.

Hintergrund des Sieges der Hamas war dabei ein Wahlsystem, nach dem die

Hälfte der Abgeordneten nach einem Verhältniswahlrecht über landesweite Listen gewählt wurde. Hier errang Hamas 29 von 66 Abgeordnetenmandaten. Die absolute Mehrheit der Sitze verdankten die Islamisten ihrem Ergebnis in den Wahlkreisen, in denen die andere Hälfte der Abgeordneten mit einfacher Mehrheit bestimmt wurde. Nicht zuletzt aufgrund einer schlechten Organisation und fehlender Parteidisziplin bei Fatah, wo sich oft mehrere rivalisierende Kandidaten die Wahlkreisstimmen gegenseitig wegnahmen, gewann Hamas 45 von 66 Wahlkreismandaten.

Neben seiner Begründung im Wahlrecht relativiert sich dieser im Ausland zu Unrecht oft als eine Art „islamische Revolution“ wahrgenommene Sieg der Hamas auch durch die Beweggründe der Wähler. In den von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) geförderten Umfragen nach ihren Prioritäten bei der Wahlentscheidung gefragt, gaben die meisten Menschen „Korruption in der PA“ an, noch vor „Friedensprozess mit Israel“ oder gar gesellschaftspolitischen Fragen. Nur etwa die Hälfte der Hamas-Wähler und damit rund ein Viertel der palästinensischen Bevölkerung teilt deren islamistische Ideologie. Dies ist zwar für ein verhältnismäßig liberales und westlich beeinflusstes arabisches Land wie die Palästinensischen Gebiete ein recht hoher Anteil, aber weit von der Bevölkerungsmehrheit entfernt. Die andere Hälfte der Hamas-Wähler von 2006 könnte man als „Protestwähler“ gegen die seit ihrer Gründung die PA beherrschende Fatah bezeichnen. Sie hatte es als selbst definierte „Staatspartei“ der PA verstanden, ihre Funktionäre mit Privilegien zu versorgen, es sich an der Macht bequem eingerichtet und versäumt, sich auf die Herausforderung durch die Islamisten einzustellen.

Die von der Fatah dominierte Palästinensische Befreiungsorganisation PLO, der auch die meisten anderen palästinensischen

Parteien, nicht jedoch Hamas, angehören, versteht sich weiterhin als alleinige legitime Vertretung aller Palästinenser, auch derjenigen, die außerhalb der Autonomiegebiete Westbank und Gaza-Streifen als Flüchtlinge oder im Exil leben. Ein Grund für die Unzufriedenheit der Bevölkerung war sicher auch das empfundene Unvermögen der PLO, im Rahmen des Friedensprozesses mit Israel Erfolge zu liefern, allen voran die ersehnte Gründung eines wirklich souveränen Staates, aber auch Verbesserungen im Alltagsleben. Hier ging es vor allem um wirtschaftliche Entwicklung und die Wiederherstellung der im Zuge der israelischen Reaktionen auf die „Zweite Intifada“ immer weiter eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Menschen. In vielerlei Hinsicht geht es den Palästinensern in der Westbank und vor allem im Gaza-Streifen heute mit der PA schlechter als vor deren Gründung.

Spaltung der Palästinenser

Nach dem Wahlsieg der Islamisten und der anschließenden Bildung einer Regierung der PA durch Hamas weigerte sich diese dauerhaft, die vom Nahost-Quartett, bestehend aus den USA, Russland, der EU und den Vereinten Nationen, aufgestellten drei Kriterien für eine Kooperation zu erfüllen: Anerkennung des Existenzrechts Israels, Erfüllung der von der PLO mit Israel geschlossenen Verträge (vor allem Oslo) sowie Gewaltverzicht. Ohne Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft und Israel fehlten der PA jedoch drei Viertel ihrer Einnahmen. Sie verfiel in eine zunehmende Handlungsunfähigkeit. Weder die Bildung einer „Regierung der Nationalen Einheit“ unter Beteiligung aller im Palästinensischen Legislativrat vertretenen Parteien einschließlich Hamas und Fatah Anfang 2007 noch ein internationaler Mechanismus (TIM) zur Finanzierung elementarer Leistungen der PA (vor allem Schu-

len und Krankenhäuser) unter Umgehung der Regierung konnten an dieser Handlungsunfähigkeit etwas ändern.

Schließlich setzten sich innerhalb der Hamas diejenigen Kräfte unter Außenminister Mahmoud Zahar und Innenminister Said Siyyam gegen Ministerpräsident Ismail Haniyyeh durch, die dem politischen Weg der Beteiligung an der PA schon immer kritisch gegenübergestanden hatten. Sie rissen im Juni 2007 in einem blutigen Putsch die Macht in ihrer Hochburg, dem Gaza-Streifen, an sich. Dabei wurden in Gaza etwa zweihundert Fatah-Anhänger von Hamas-Milizen umgebracht. Die Spaltung der Palästinensischen Gebiete wurde vollendet, nachdem Präsident Abbas als Reaktion auf diesen Putsch die „Regierung der Nationalen Einheit“ absetzte und eine Technokratenregierung unter dem bisherigen Finanzminister und vormaligem Weltbank-Landesdirektor Salam Fayyad einsetzte, die seither – sehr effizient und pro-westlich eingestellt – die PA führt. Ihr Handlungsspielraum ist allerdings auf die Westbank begrenzt.

Krieg um die Meinungsführerschaft

Bereits der Putsch in Gaza hat die Popularität der Hamas in der palästinensischen Bevölkerung deutlich geschwächt. Schon seit dem Wahlsieg 2006 war sie etwas zurückgegangen. Im Dezember 2008, kurz vor Beginn der jüngsten Kampfhandlungen im Gaza-Streifen, hätten nach den von der KAS geförderten Umfragen des „Palestinian Center for Policy and Survey Research“ (PSR) etwa 28 Prozent aller Palästinenser bei Parlamentswahlen Hamas gewählt (32 Prozent im Gaza-Streifen, 25 Prozent in der Westbank). Die Zustimmung für Fatah lag landesweit bei 42 Prozent (Westbank 46 Prozent und Gaza-Streifen 39 Prozent), mit zehn Prozent Wählern anderer Parteien und zwanzig Prozent Unentschiedenen, von denen jedoch erfahrungsgemäß ein

großer Teil versteckte Hamas-Unterstützer sein dürfte. So waren die Raketen der Hamas auf Israel zum Jahreswechsel wohl vor allem dazu gedacht, sich als einzig wirkliche, nämlich militärische Interessenvertreter der Bewohner Gazas darzustellen und dort zu behaupten. In Anbetracht geschlossener Grenzen und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Notlage der Menschen präsentierten die Islamisten Gewalt wieder einmal als Ausweg.

Tatsächlich verlor der in der Westbank regierende palästinensische Präsident Abbas in der Bevölkerung seit Beginn der israelischen Offensive rasant an Ansehen. Besonders negativ wurde aufgenommen, dass Abbas zu Beginn der Luftangriffe Hamas – zu Recht – für die Eskalation des Konfliktes und damit das militärische Vorgehen Israels verantwortlich gemacht hat. Eher hatten sich die Menschen wohl die übliche markige Kriegsrhetorik und Solidaritätsbekundungen gewünscht. Die gewaltsame Unterdrückung von Solidaritätskundgebungen mit Hamas in der Westbank steht im starken Widerspruch zum Wunsch der Bevölkerung nach Einigkeit in Zeiten des Krieges. Auch dass Abbas bei einem Treffen mit Ägyptens Präsident Husni Mubarak keine Öffnung des Grenzüberganges Rafah vom Gaza-Streifen nach Ägypten erreichen konnte, passt in dieses Bild.

Trotzdem hat die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) die öffentliche Ordnung in der Westbank weitestgehend aufrechterhalten. Das zum Teil gewalttätige Vorgehen der Sicherheitskräfte der PA gegen Demonstrationen für Hamas, in Kombination mit einer generellen Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, verhinderte ein Übergreifen des bewaffneten Konfliktes auf die Westbank. Obwohl verschiedentlich führende Mitglieder von Hamas dazu aufgerufen haben, ist keine „Dritte Intifada“ zu erwarten. Stattdessen sehen einige bei Fatah den Krieg durchaus als

Chance, den Hamas-Putsch vom Juni 2007 rückgängig zu machen, begrüßen die Schwächung von Hamas und signalisieren Bereitschaft, im Gaza-Streifen wieder die „Verantwortung“ zu übernehmen. Fatah kann und will sich jedoch nicht direkt von Israel den Weg in den Gaza-Streifen frei machen lassen, denn dies hätte einen noch weiteren Populäritätsverlust zur Folge. Die PA stünde damit in den Augen der Bevölkerung als der verlängerte Arm Israels da.

Unmut in der Westbank

Auch unabhängig vom Krieg in Gaza war der Druck auf den Präsidenten gewachsen. Abbas benötigt dringend Erfolge, die die Lebensbedingungen der Menschen in der Westbank nachhaltig verbessern, vor allem in den Bereichen Siedlungsstopp und Bewegungsfreiheit. Ohne solche Erfolge am Verhandlungstisch fällt es Abbas immer schwerer, die Bevölkerung vom Sinn solcher Gespräche mit Israel zu überzeugen. Umso schwerer wiegen nun die Vorwürfe in der Bevölkerung gegen ihn. Es ist davon auszugehen, dass Abbas, dem ohnehin seit längerem Amtsmüdigkeit nachgesagt wird, nun auch innerhalb der Fatah an Unterstützung verlieren könnte. Außer dem in Israel inhaftierten Anführer der „jungen Garde“ der Fatah, Marwan Barghouti, gibt es zwar keine wirkliche Alternative zu Abbas, doch äußern zunehmend Vertreter der „jungen Garde“ ihren Unmut über den Präsidenten und Fatah-Vorsitzenden. Noch fehlt für diesen Unmut das Ventil, da der nach über fünfzehn Jahren ohne Neuwahlen ausstehende nächste Parteitag der Fatah, der für Ende 2008 geplant war und immer wieder verschoben wurde, nun erneut fraglich erscheint.

Hinzu kommt die Frage nach der Amtszeit von Abbas als Präsident, die momentan aufgrund der Militäroperation etwas aus dem Blickfeld gerückt ist. Bis zum 9. Januar 2009 hatte auch Hamas

Abbas noch als rechtmäßigen Präsidenten angesehen, der damit die letzte funktionierende Institution darstellte, die die beiden Landesteile Westbank und Gaza-Streifen miteinander verband. 2005 hatte das Parlament das Grundgesetz der PA geändert und eine vierjährige Amtszeit des Präsidenten eingeführt. Gleichzeitig wurde ein Wahlgesetz verabschiedet, das Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zur gleichen Zeit vorsieht. Da aber die Präsidentschaftswahlen bereits im Januar 2005, die Parlamentswahlen aber erst im Januar 2006 stattfanden, widersprechen sich diese beiden am gleichen Tag geänderten beziehungsweise verabschiedeten Gesetze nun im Hinblick auf den Ablauf von Abbas' Amtszeit Anfang 2009 oder erst 2010. Obwohl die meisten Juristen von einer Amtszeit bis 2010 ausgehen, betrachtet Hamas diese als beendet und den von ihr gestellten Parlamentspräsidenten Abdel Aziz Dweik als amtierenden Präsidenten. Er ist jedoch in Israel inhaftiert.

Auch die Legitimität der Notstandsregierung in Ramallah unter Premierminister Salam Fayyad wird von Hamas bestritten. Das Parlament (PLC) kann diese Regierung weder bestätigen noch ablehnen, da es durch Abwesenheit einiger in Israel inhaftierter Hamas-Abgeordneter und einer Blockadepolitik vor allem von Hamas mittels eines Fünfzig-Prozent-Anwesenheitsquorums für seine Beschlussfähigkeit handlungsunfähig ist. Im Gaza-Streifen besteht derweil eine „abtrünnige“ Hamas-Regierung unter Ministerpräsident Ismail Haniyyeh. Doch im Gegensatz zur Popularität des Präsidenten blieb die der Regierung Fayyad in der Westbank relativ stabil. Es handelt sich bei den meisten Ministern um parteiferne Technokraten, die nicht direkt in den Sog des Populäritätsverlustes von Präsident Abbas hineingezogen wurden. Darüber hinaus registrieren die Menschen, dass die Situation in der Westbank sich in den

letzten Monaten aufgrund von Fayyads klarer und besonnener Politik nach innen und gegenüber Israel wirtschaftlich und bei Sicherheitsfragen stabilisiert hat.

Dennoch versucht Hamas nun, die militärische Niederlage in einen politischen Sieg umzumünzen. Das dürfte ihr in Anbetracht des Kriegsverlaufes jedoch schwerer fallen als der libanesischen Hisbollah nach deren Krieg gegen Israel im Sommer 2006. Diese hat ihren politischen Einflussgewinn in der innerlibanesischen Machtverteilung ihrer 2006 ungebrochenen militärischen Macht zu verdanken. Auch Hamas hat sich mittlerweile zur Siegerin erklärt, da sie trotz der Invasion der militärisch weit überlegenen israelischen Armee nicht die Macht in Gaza verloren hat und viele ihrer Anführer noch am Leben sind.

Doch das militärische Abschneiden der Hamas-Kämpfer blieb nicht nur weit hinter den durch Propaganda geschürten Erwartungen der eigenen Leute zurück, sondern auch hinter den Annahmen internationaler Beobachter und Israels. Die Tatsache, dass israelische Truppen bis weit in die eng bebauten Stadtzentren von Gaza und umliegender Orte vorrücken konnten, fast ohne eigene Verluste hinnehmen zu müssen, hat für Überraschung gesorgt. Vielerorts wird von fliehenden Militanten berichtet und von Islamisten, die sich sicherheitshalber die Bärte, ansonsten ihr Erkennungszeichen, abrasierten. Trotzdem wurden nicht alle Waffenlager und Raketenwerfer ausgehoben, da diese oft gut versteckt in Kellern lagen.

Somit kann Hamas von Israel in Anbetracht der asymmetrischen Kriegsführung auf militärischem Wege zwar nicht endgültig besiegt, aber deutlich geschwächt werden. Solange aber die Nachschubwege über die Tunnel aus Ägypten nicht komplett versiegen, die Führer der Hamas im Exil verweilen und Iran und Syrien sie finanziell unterstützen, wird

Die kriegerischen Auseinandersetzungen spiegeln sich als Motive auf Hauswänden in Gaza.

© dpa/landov, Foto: Ashraf Amra



Hamas ihre Position in Gaza und ihr Gewaltmonopol dort halten können. Dies zeigen auch die Entwicklungen nach dem Ende der eigentlichen Kampfhandlungen: Hamas-Kräfte kontrollieren nicht nur wieder das öffentliche Leben im Gaza-Streifen, sondern verfolgen inzwischen mit nie da gewesener Härte Oppositionelle und Gegner.

Letzteres zeugt einerseits von einer gewissen Nervosität bei Hamas, nicht zuletzt in Anbetracht der zahlenmäßig immer noch starken Fatah in Gaza, und andererseits von wachsendem Unmut der Bevölkerung Gazas über die Islamisten. Die Menschen im Gaza-Streifen stehen vor großen Problemen, vor allem nach der Zerstörung Tausender Wohnhäuser und dem Zusammenbruch der Infrastruktur, sowie der Preisentwicklung für Verbrauchsgüter. Beispielsweise für die Mangelware Benzin hatte Hamas schon vor dem Krieg ein eigenes Bezugssystem eingeführt. Der Eindruck, dass die Härte des israelischen Vorgehens im

Gaza-Streifen den Zustrom neuer radikaler Islamisten zur Hamas verstärkt hat und die Solidarität der Bevölkerung mit ihnen erhöht hat, scheint daher in Gaza selbst weniger ausgeprägt als in der „sicheren“ Westbank und in den arabischen Nachbarländern.

Wettlauf um den Wiederaufbau

Entscheidend für die weitere Entwicklung im Gaza-Streifen ist die Frage des Wiederaufbaus. Hier wird es einen „Wettlauf“ um die Zustimmung der dortigen Bevölkerung geben, bei dem die Zeit drängt: Auf der einen Seite steht die Hamas. Sie verfügt, vom Iran ausgestattet, über ausreichend finanzielle Mittel, um den Wiederaufbau, nach Vorbild der Hisbollah im Libanon 2006, zügig voranzutreiben – vor allem durch direkte Bargeldzahlungen an Betroffene. Auf der anderen Seite stehen die PA, die moderaten arabischen Länder, der Westen und auch Israel. Sie müssen dem Umstand Rechnung tragen, dass Hamas weiterhin die Macht im Gaza-Streifen innehat und versucht wird, die Aufbauhilfe anderer Kräfte zu behindern oder in die eigenen Kanäle umzuleiten. Entscheidend wird sein, welche Hilfe von den Menschen in Gaza als schneller und effektiver empfunden wird. Sollte die Öffentlichkeit die Hamas als wirkungsvolleren Helfer ansehen, kann sie letztendlich aus dem Konflikt Kapital schlagen. Somit entscheidet sich die Frage nach dem eigentlichen Gewinner des Krieges in den Monaten danach.

Hierfür ausschlaggebend dürften die Nachschubwege der Hamas durch die Schmuggeltunnel nach Ägypten sowie die Frage sein, ob es der internationalen Gemeinschaft gelingt, in Gaza einen Wiederaufbau ohne die Involvierung von Hamas zu bewerkstelligen. Hamas lehnt die Stationierung ausländischer Kräfte sowohl im Gaza-Streifen als auch am Grenzstreifen nach Ägypten komplett und in scharfem Tonfall ab. Innerhalb des

Gaza-Streifens dürfte internationales Engagement also auf ein überwiegend feindliches Umfeld stoßen. Stattdessen zeichnet sich eine technische Unterstützung Ägyptens bei der Kontrolle der Grenze zum Gaza-Streifen ab. Denn da die israelische Luftwaffe lediglich einen Teil der rund 250 Tunnel zwischen Ägypten und Gaza zerstören konnte, scheint eine Unterbindung des Waffenschmuggels durch aktives ägyptisches Engagement die einzige Lösung zu sein. Weil Ägypten jedoch die Stationierung internationaler Truppen auf seinem Territorium kategorisch als Eingriff in die staatliche Souveränität ablehnt, bleibt nur die Möglichkeit, durch ziviles technisches Fachpersonal den ägyptischen Sicherheitskräften bei der Lokalisierung der Tunnel zu helfen. Trotz der Anwesenheit auch deutscher Experten wird der Erfolg dieser Mission vom politischen Willen der Ägypter abhängen.

Bei einer kontrollierten Öffnung der Grenze nach Ägypten – nicht nur eine Forderung der Hamas, sondern auch wichtig für Hilfsgüter und Bewegungsfreiheit – könnte auf eine bereits bestehende Regelung zurückgegriffen werden: Grenzer der PA kontrollierten vor der Machtübernahme durch Hamas bis Juni 2007 gemeinsam mit europäischen Polizisten die palästinensische Seite der Grenze. Israel war in ein gemeinsames Lagezentrum eingebunden. Sollte es gelingen, Hamas effektiv von Geldzahlungen aus dem Iran abzuschneiden, den Schmuggel durch die Tunnel zu unterbinden und den Wiederaufbau des Gaza-Streifens durch die PA organisieren zu lassen, besteht die Chance, die Position der Hamas in Gaza nachhaltig zu schwächen. Schließlich sind selbst dort die islamistischen Ideologen eine Minderheit in der Bevölkerung. Die Herrschaft der Hamas in Gaza konnte zwar nicht militärisch beendet werden, ist aber keineswegs unerschütterlich.